

Teresa Tammer

## In engen Grenzen und über die Mauer

Selbstbilder und Selbstbehauptungsstrategien der *Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin* (HIB) 1973–1980

*Abstract: Border Crossings: Homosexual Self-Images and Movement Strategies in the German Democratic Republic 1973–1980.* In the GDR, homosexual encounters between adults over 18 years of age were legalized in 1968 – one year prior to a similar reform in the Federal Republic of Germany. The foundation of the first East German homosexual emancipation group was, however, closely connected to events in West Berlin, as networks with western gay activists made movement ideas accessible and influential in East Berlin. But in order to bring about changes and improve the situation for gays and lesbians in the GDR, the mostly male members of the *Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin* (HIB) created an image of themselves as socialists who were helping “to build communism” and resisted the “temptations” of the “capitalist” West by taking responsibility for ordinary homosexual citizens. The article therefore argues that the East German gay activism of the 1970s took place both within the framework of socialist discourse and through a dialogue across the Berlin Wall: its strategies were therefore shaped both by western influences and eastern imperatives.

*Key Words:* entangled German-German history, gay rights movement, GDR, homosexuality, self-image

„Wenn ich mit Freunden aus dem Westen zusammen war, dann habe ich mich mit denen verbunden gefühlt, [...] aber als Ost-Berliner Gruppe konnten wir uns eigentlich nicht mit denen verbunden fühlen, weil dann hätte man ja gleich den Parteileuten recht gegeben, die immer Einflussnahme aus dem Westen gewittert haben [...] und das wollten wir vermeiden.“<sup>1</sup>

---

Teresa Tammer, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, D-04109 Leipzig, Email: [t\\_tamm01@uni-muenster.de](mailto:t_tamm01@uni-muenster.de)

Michael Eggert war einer der Initiator\*innen der HIB – eine Gruppe, die sich Anfang der 1970er-Jahre in Ost-Berlin zusammenfand und sich unter dem Eindruck neuer Lesben- und Schwulengruppen in der Bundesrepublik und in Westeuropa auch in der DDR für die Rechte und Interessen von Homosexuellen einsetzen wollte. Wie Michael Eggert im Interview andeutete, trat die HIB nicht als Teil einer transnationalen Bewegung in Erscheinung, da sie stets befürchten musste, „staatsfeindlicher“ Aktivitäten bezichtigt zu werden. Dabei nahm die Gruppe den Staat und seine Sicherheitsbehörden aber keineswegs nur als Bedrohung wahr, sondern vor allem als Adressaten für ihre Forderungen und als Verhandlungspartner, mit dem es gemeinsame Ziele zu vereinbaren galt. Peter Rausch, ebenfalls Mitinitiator der HIB, beschreibt 30 Jahre später die Denkweise der sich in Gründung befindenden Gruppe folgendermaßen:

„Dass die Chance zur ‚allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit im Sozialismus‘ auch auf uns zuträfe, war damals unsere naive, aber durchaus grundehrliche Überzeugung. Es gab keinen Zweifel: Homosexuelle Emanzipation ist Teil eines erfolgreichen Sozialismus, nur dass die Verantwortlichen das noch nicht wussten. Also wollten wir es ihnen beibringen.“<sup>2</sup>

Für Peter Rausch, Michael Eggert und ihre Mitstreiter\*innen sei klar gewesen, dass die DDR als sozialistisches Land nichts anderes wollen könne, als die Situation von Homosexuellen zu verbessern. Sie waren überzeugt, dass die Staatsführung – wenn diese erst erkannt hatte, dass die Stärkung der Rechte von Schwulen und Lesben sowie die Förderung ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz in ihrem eigenen Interesse lagen – die HIB unterstützen würde.

Um auf sich und die eigenen Anliegen aufmerksam zu machen, kontaktierte die HIB unermüdlich staatliche Stellen oder schrieb Leserbriefe an Rundfunk und Presse. Die Mitglieder entwarfen dabei ein am schwulen Mann orientiertes Bild von ‚den‘ Homosexuellen in der DDR und inszenierten sich als Vermittler\*innen zwischen diesen und der sozialistischen Gesellschaft. ‚Eigensinnig‘<sup>3</sup> fügten sie sich in den offiziellen Diskurs ein, indem sie etwa die Erziehung von Homosexuellen zu ‚sozialistischen Persönlichkeiten‘ beschworen oder das ‚kapitalistische System‘ zum gemeinsamen ‚Feind‘ erklärten. Gleichzeitig stellten sie aber auch Vergleiche zwischen den beiden deutschen Staaten an und attestierten der DDR das Scheitern an den eigenen Überlegenheitsansprüchen. Konformität und Konfrontation<sup>4</sup> prägten demnach die Kommunikation der HIB mit den staatlichen Adressat\*innen.

Der vorliegende Beitrag fragt nach den spezifisch ostdeutschen und im geteilten Deutschland entwickelten Strategien homosexueller Aktivist\*innen im Ost-Berlin der 1970er-Jahre. Inwiefern funktionalisierten sie ihr Verhältnis zum sozialistischen Staat auf der einen und zum Westen auf der anderen Seite? Welches Selbstbild ent-

lang oder quer zur Systemgrenze und welche Sicht auf Homosexuelle in der DDR kommunizierten sie? Ihre Selbstbehauptungsstrategien treten dabei als eine doppelte Gratwanderung hervor: zum einen zwischen einer sozialismusfreundlichen und DDR-kritischen Haltung; zum anderen zwischen einer antiwestlichen Position und einer grenzübergreifenden Zugehörigkeit zu Homosexuellenbewegungen, insbesondere in der Bundesrepublik.

## Quellen und Vorgehen

Der Schwerpunkt des Beitrags liegt auf der Analyse der Handlungsräume der männlichen Akteure der HIB und den von ihnen formulierten Selbstbildern. Welche Rolle Frauen in der Gruppe überhaupt gespielt haben, wie und wofür sie sich einbrachten, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht beantwortet werden. Über die spezifisch lesbenpolitischen Forderungen der HIB ist bisher ebenso wenig bekannt wie über die Zusammenarbeit oder möglichen Konflikte zwischen Schwulen und Lesben innerhalb der Gruppe. Maria Bühner nennt diese Unsichtbarkeit von Lesben bzw. lesbischen Aktivistinnen in der historischen Forschung eine potenzierte und fortlaufende, die weniger mit einem Mangel an Quellen, sondern vielmehr mit dem fehlenden Blick auf diese engagierten Frauen zu tun hat.<sup>5</sup> Auch dieser Text richtet seine Aufmerksamkeit explizit nicht auf das lesbische Engagement, wenngleich davon ausgegangen wird, dass es dieses in der HIB gegeben hat. Im Folgenden soll auf das bislang fehlende Hintergrundwissen über die Struktur der Gruppe in differenzierender und transparenter Weise reagiert werden: Von schwulen Aktivisten wird dann die Rede sein, wenn die männliche Urheberschaft einer Quelle eindeutig belegt ist. Bei schriftlichen Hinterlassenschaften, die der HIB als Gruppe zuzuordnen sind, wird dagegen von Verfasser\*innen gesprochen. Zudem wird versucht, die männliche Dominanz in der HIB nicht zu negieren und die oft männlich-schwul ausgerichteten Themen als solche zu benennen. Wo die Mitarbeit von Lesben nicht ausgeschlossen werden kann, müssen die Aktivitäten der HIB jedoch immer als schwul-lesbische gedacht werden.

Jens Dobler und Harald Rimmel definieren die Schwulenbewegung der Bundesrepublik als eine der neuen sozialen Bewegungen, die anknüpfend an die Ideen der Studentenbewegung eine eigene Identität der Schwulen proklamierte; die sich gegenüber der Homophilenbewegung der 1950er- und 1960er-Jahre abgrenzte; die ihr ‚Schwulsein‘ in die Öffentlichkeit trug und für sexuelle Befreiung eintrat. Die westdeutsche Lesbenbewegung müsse ihrer Ansicht nach getrennt von der Schwulenbewegung betrachtet werden, da sie unter anderen Bedingungen agierte und eigene Strategien verfolgte. Für Ostdeutschland nehmen die Autoren dagegen keine

solch strikte Unterscheidung vor.<sup>6</sup> Wie sich mit Blick auf diese Definition die HIB verorten lässt, ob die Gruppe überhaupt als Teil einer schwulen oder schwul-lesbischen Bewegung zu bestimmen ist, soll im Verlauf des Beitrags diskutiert werden.

Als grundlegendes Quellenmaterial werden – wie bereits angedeutet – Schreiben der Ost-Berliner Gruppe an staatliche Stellen und Medien herangezogen. Für die HIB wie für alle DDR-Bürger\*innen waren diese so genannten „Eingaben“ eine Möglichkeit, direkt mit dem Herrschaftsapparat in Kontakt zu treten, sich zu beschweren und eigene Anliegen vorzutragen; wenngleich sie aus Sicht der herrschenden Partei dazu dienten, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu kanalisieren und öffentlichen Druck auf die Regierung und die staatlichen Institutionen zu verhindern.<sup>7</sup> Die Eingaben der HIB geben dennoch den Blick frei auf einen aktivistischen Homosexualitätsdiskurs, der sich in den staatlich autorisierten Diskurs über Sexualität, Sozialismus und Moral einzuschreiben versuchte. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass die Schreiben nicht umhin kamen, sich in ihren Formulierungen dem öffentlich Sagbaren anzupassen. Denn es musste immer damit gerechnet werden, dass Äußerungen als ‚systemfeindlich‘ klassifiziert und als Straftat geahndet wurden. Grundlegende Kritik am Staat, dem Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem konnte in den Eingaben demnach nicht vorgetragen werden. Vielmehr waren es lediglich Mängel und Missstände, so Felix Mühlberg, die auf der Basis geltender Gesetze und im Rahmen der vom Staat definierten Normen und Ziele angesprochen wurden.<sup>8</sup> Um am Diskurs teilnehmen und diesen letztlich mitgestalten zu können, oblagen die Eingaben also der Ordnung des Diskurses (Michel Foucault), dessen Regeln die Absender\*innen verstehen und berücksichtigen mussten.<sup>9</sup>

Um die verschiedenen Schreiben der HIB, zu denen vielfältige Korrespondenzen, Anträge und Leserbriefe gehören, zu analysieren, wird Mühlbergs breites Verständnis von Eingaben zu Grunde gelegt. Diese konnten an unterschiedliche Stellen geschickt werden: an alle staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen, an die speziell dafür vorgesehenen Eingabestellen auf lokaler Ebene und bei der Volkskammer, an Ministerien sowie den Ersten Sekretär des *Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED). Auch Leserbriefe an Printmedien, Radio- oder Fernsehsender können nach Mühlberg als Eingaben bezeichnet werden, wenn sie etwa Klagen oder Wünsche transportierten.<sup>10</sup>

Anhand der Eingaben der HIB werden im Folgenden die Kommunikation zwischen Staat und Bürger\*innen in der DDR sowie die Selbstbehauptungsstrategien der HIB analysiert. Ein zentraler Bestandteil dieser Kommunikation waren die aktiv und gezielt erschaffenen Selbstbilder der HIB, die unmittelbar auch mit dem Bild von Homosexuellen in der DDR zusammenhingen. Hierbei fließen taktische Präsentationen und ‚tatsächliche‘ Vorstellungen von sich selbst und der Situation von Schwulen und Lesben in der DDR ineinander. Schließlich sind Selbstbilder maßgeb-

lich von den äußeren Umständen bestimmt, in denen sich die Akteur\*innen bewegen, wenngleich sie von diesen nie vollkommen determiniert sind. Mit Michel Foucault gesprochen, haben wir es bei den Selbstbeschreibungen der HIB mit den zwei Dimensionen des Subjekts zu tun: Dieses ist zum einen „der Herrschaft eines anderen unterworfen“; zum anderen aber „durch Bewusstsein und Selbsterkenntnis an seine eigene Identität gebunden“.<sup>11</sup> Da die HIB ihre Eingaben vor allem in Hinblick darauf schreiben musste, dass die Adressat\*innen, bei denen es sich zumeist um eine staatliche Stelle oder eine staatlich gelenkte Medieneinrichtung handelte, die Gruppe ernst und nicht als „Staatsfeindin“ (wahr)nahm, spielt in den zu untersuchenden Selbstdarstellungen die vermutete Sicht dieser Institutionen auf die HIB eine zentrale Rolle. Hier kann Isabel Richter gefolgt werden, die betont, „dass Entwürfe des Selbst die Übernahme der Perspektive eines imaginierten Anderen implizieren“.<sup>12</sup>

## Die HIB zwischen Hoffnung auf den Sozialismus und westlicher Schwulenbewegung

Mit der Abschaffung des § 175 Strafgesetzbuch (StGB) im Jahr 1968 konnte sich die DDR als moderner und ‚progressiver‘ Staat präsentieren, ohne ihren Umgang mit Homosexuellen tatsächlich ändern zu müssen, erklärt Josie McLellan.<sup>13</sup> Gleichgeschlechtliche Sexualkontakte zwischen Erwachsenen waren fortan nicht mehr strafbar und der neu eingeführte § 151 StGB legte nun für sexuelle Handlungen sowohl zwischen Männern als auch zwischen Frauen ein Schutzalter von 18 Jahren fest.<sup>14</sup> Das größte Problem für Schwule und Lesben war danach nicht mehr die Illegalität, sondern ihre Unsichtbarkeit im öffentlichen Raum und die damit verbundene, weiterhin bestehende Isolierung und Diskriminierung.<sup>15</sup> Auch aufgrund dieser Unsichtbarkeit waren die Einstellungen gegenüber Homosexuellen in der DDR bis in die 1970er-Jahre weniger durch persönliche Erfahrungen im Alltag als durch Aufklärungsbücher geprägt, die zumeist einen normativen Anspruch hatten.<sup>16</sup> Wissenschaftler\*innen und Mediziner\*innen vertraten in den 1950er- und 1960er-Jahren die Auffassung, Homosexualität sei entweder eine „Missbildung“, die ärztlich behandelt werden müsste, oder sie nannten „Verführung“ und „Umwelteinflüsse“ als Erklärungsansätze für die Hinwendung zum eigenen Geschlecht.<sup>17</sup> Nach der Strafrechtsreform 1968 änderte sich der Ton nur unmerklich. Der Arzt Kurt Bach, der seine Aussagen später revidierte und sich für die Stärkung der Rechte von Schwulen und Lesben einsetzte, vertrat 1974 in seinem Aufklärungsbuch für Jugendliche noch die Auffassung, dass im Sexualverhalten von Jugendlichen Homosexualität die „am häufigsten vorkommende Fehlhaltung“ sei und einer medizinischen Behand-

lung unterzogen werden sollte. Zwar dürfe man Homosexuelle nicht „verunglimpfen“, so Bach, er riet jedoch ebenso davon ab, sich mit ihnen zu befreunden oder ihre Gesellschaft aufzusuchen.<sup>18</sup> Die Basis für eine glückliche – selbstredend heterosexuelle – Ehe sahen Sexualratgeber und Aufklärungsliteratur sämtlich in der sozialistischen Ordnung; noch mehr: sie behaupteten, dass das gemeinsame Engagement für den Sozialismus eine Beziehung stärken und bereichern würde.<sup>19</sup> Während die HIB das Postulat von der heterosexuellen Norm von Beginn an ablehnte, lieferte ihr die Vorstellung von der sozialistischen Partnerschaft Anknüpfungspunkte, um das Versprechen vom Liebesglück unter sozialistischen Vorzeichen auch auf gleichgeschlechtliche Beziehungen zu übertragen.

Der fast zeitgleiche Aufbruch der Ost-Berliner Gruppe mit der Bewegung im Westen Anfang der 1970er-Jahre wird in der Literatur auf persönliche Kontakte und Transfers zwischen Schwulenaktivisten in Ost-Berlin und West-Berlin zurückgeführt, die ein Gefühl der Zugehörigkeit erzeugten und die Voraussetzung dafür waren, dass Ideen der westlichen Schwulenbewegung<sup>20</sup> auch im Osten zur Aneignung zur Verfügung standen. Eine Voraussetzung dafür war der Abschluss des Viermächte-Abkommens über Berlin 1971, durch das ab dem 3. Oktober 1972 West-Berliner\*innen und Bundesbürger\*innen nach Ost-Berlin und in die DDR einreisen durften.<sup>21</sup> Damit begann nach einem Jahrzehnt der fast vollständigen Trennung und Entfremdung das Netz deutsch-deutscher Kontakte wieder dichter zu werden, so Detlef Nakath.<sup>22</sup> Vor allem durch diese neue Nähe, aber auch aufgrund der gleichen Sprache, der gleichen Sexualität und der von Aktivisten auf beiden Seiten der Mauer betonten sozialistischen Werte entstand eine Verbindung zwischen Ost- und West-Berliner Schwulenaktivisten.<sup>23</sup> Mediale Ereignisse, wie die Ausstrahlung des Films *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* von Rosa von Praunheim und Martin Dannecker (BRD 1971) am 15. Jänner 1973 in der *Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland* (ARD) sowie Begegnungen etwa bei den *X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten* in Ost-Berlin im Juli/August 1973, so McLellan, förderten ein Zugehörigkeitsgefühl und ein politisches Bewusstsein in Ost-Berlin. Dafür, die Entstehungsgeschichte der HIB als eng verbunden mit der westlichen Bewegung anzusehen, spricht auch, dass sie den 15. Jänner zu ihrem Gründungsdatum erklärte und damit eine Parallele zum Aufbruch vor allem schwuler Gruppen in West-Berlin und in der Bundesrepublik herstellte, die sich im Anschluss an den Film von Rosa von Praunheim konstituiert hatten.<sup>24</sup>

Auch innerhalb der DDR deutete sich Anfang der 1970er-Jahre eine vorsichtige Liberalisierung an, von der die jungen Aktivist\*innen glaubten, profitieren zu können. Am 3. Mai 1971 war Walter Ulbricht von seinem Posten des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED zurückgetreten. Sein Nachfolger Erich Honecker ver-

sprach, die „ideologischen Abweichungen“ des Vorgängers rückgängig zu machen sowie die wirtschaftliche und soziale Situation im Land zu verbessern.<sup>25</sup> Die Menschen sollten jedoch vor allem zufriedengestellt und von den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaft – gerade in den Zeiten der Entspannungspolitik – überzeugt werden.<sup>26</sup> Tatsächlich wuchs in der Bevölkerung die Überzeugung von einer erfolgreichen Sozialpolitik, weil sich der Lebensstandard – wenn auch in bescheidenem Rahmen – verbesserte. Zu dem hohen Grad an Zustimmung für die Regierung in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre trug auch die Aufnahme der DDR in die UNO 1973 und ihre diplomatische Anerkennung durch die westlichen Großmächte bei.<sup>27</sup> Außerdem zeigte Erich Honecker zu Beginn seiner Regierung ein „Herz für junge Leute“, so Stefan Wolle, weil er westliche Beat-Musik wieder erlaubte, nachdem diese 1965 als „kapitalistische Unkultur“ verboten worden war. Auch „Blue Jeans“, die bisher als Symbol westlicher „Dekadenz“ gebrandmarkt worden waren und dennoch im Osten sehr begehrt waren, konnten nun im eigenen Land erworben werden. Parallel zu dieser vorsichtigen kultur- und wirtschaftspolitischen Öffnung vollzog Honecker eine scharfe Abgrenzung gegenüber dem „imperialistischen Gegner“, baute die Staatssicherheit aus und verfolgte eine stärkere Ausrichtung an der Sowjetunion.<sup>28</sup> Es fand somit nur ein scheinbarer liberaler Aufbruch in der DDR statt, der jedoch ausreichte, um schwule und lesbische Aktivist\*innen zu ermuntern, den gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten.

Die HIB muss also einerseits in der politischen Aufbruchsstimmung Anfang der 1970er-Jahre in der DDR und andererseits im Kontext neuer sozialer Bewegungen in Westdeutschland, Westeuropa und den USA seit Ende der 1960er-Jahre verortet werden. Auf beides verwies der Name *Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin*: Zum einen stellte er mit dem ähnlich klingenden Namen direkte Bezüge her zur *Homosexuellen Aktion Westberlin* (HAW), aber auch zur *Homosexuellen Aktion Hamburg* (HAH), zur *Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld* (IHB) oder zur *Homosexuellen Studentengruppe Münster* (HSM). Das Zugehörigkeitsgefühl zur westdeutschen Bewegung kam auch dadurch zum Ausdruck, dass sich die Aktivist\*innen im Ost-Berlin der 1970er-Jahre wie die Westdeutschen die Wörter „schwul“ und „lesbisch“ aneigneten und positiv besetzten, sich selbst so bezeichneten und auch gegenüber Medien und Behörden von den „Schwulen und Lesben“ in der DDR sprachen. Zum anderen stammte der Begriff „Interessengemeinschaft“<sup>29</sup> aber aus dem Zivilgesetzbuch der DDR und zeigte an, dass die HIB wie jede andere derartige Vereinigung vorhatte, die spezifischen Anliegen einer Gruppe im Rahmen der Gesetze der DDR zu vertreten. Außerdem unterschied sich ihre Selbstrepräsentation deutlich von jener westlicher Gruppen. Die Ost-Berliner\*innen bezeichneten sich beispielsweise nie als politische Subjekte, wie es Magdalena Beljan für die westdeutsche Schwulenbewegung konstatiert, die ‚Schwulsein‘ per se als politisch verstand

und die Sichtbarmachung ihrer Sexualität als Abgrenzung gegenüber der Gesellschaft inszenierte.<sup>30</sup> In ihren Schreiben bezeichnete sich die HIB selbst zumeist als Gruppe homosexueller Bürger und Bürgerinnen der DDR, die nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Staat, die Situation von Schwulen und Lesben verbessern wollte.<sup>31</sup> Zudem distanzierte sie sich nicht von den in Westeuropa agierenden Homophilen-Organisationen der 1950er- und 1960er-Jahre. Vielmehr knüpften sie an deren Strategie der ‚Integration‘ in die Gesellschaft an, was linke studentische Schwulengruppen in der Bundesrepublik strikt ablehnten.<sup>32</sup>

Die HIB war folglich eine in der DDR verwurzelte Gruppe, die ihre spezifischen Selbstbeschreibungen und argumentativen Strategien auch im Kontext des geteilten Deutschland entwickeln musste. Beide deutsche Staaten versuchten, den jeweils anderen zu delegitimieren und die Überlegenheit der eigenen Gesellschaftsordnung zu demonstrieren.<sup>33</sup> In seiner Bedeutung für den Osten wird der Westen in der Literatur oft als gesellschaftspolitische Herausforderung für die DDR-Staatsführung und als Referenzgesellschaft für die DDR-Bevölkerung bezeichnet. Die DDR habe sich demnach ständig mit der Bundesrepublik messen lassen und sich ihr gegenüber behaupten müssen.<sup>34</sup> Ähnlich wie mit dem offiziell geführten Diskurs über Sexualität, Moral und Sozialismus gingen die Aktivist\*innen auch mit der deutsch-deutschen Konkurrenz- und Abgrenzungssituation um: Sie fügten sich dieser und stellten sie doch zugleich in Frage, worauf im Folgenden anhand von Quellenbeispielen näher eingegangen werden soll.

## Der Sozialismus soll schwule Emanzipation wollen und besser sein als der Kapitalismus

Der damals 18-jährige Michael Eggert und der 21-jährige Peter Rausch können als Gründerväter der HIB bezeichnet werden. Sie lernten sich 1971 in einem Schwimmbad in der Ost-Berliner Gartenstraße kennen und begannen darüber nachzudenken, wie sie sich in Ost-Berlin für die Interessen von Homosexuellen einsetzen könnten. Zu dem daraus hervorgegangenen Kreis gehörten bald etwa zehn Personen, unter denen zwei bis drei lesbische Frauen waren. Die Gruppe bestand aus jungen Student\*innen und Arbeiter\*innen, die zum Teil der SED angehörten.<sup>35</sup> Ab März 1973 traf sie sich zunächst jeden Freitag, wobei sie drei konkrete Ziele verfolgte: Sie wollte die Möglichkeit des Kennenlernens und einen Ort der „Geborgenheit“ schaffen, informieren und beraten, um das Selbstbewusstsein von Schwulen und Lesben zu stärken, sowie durch Korrespondenzen mit staatlichen Stellen und den Medien in der DDR einen gesellschaftlichen und politischen Wandel vorantreiben.<sup>36</sup>



In ihren Schreiben betonte die Gruppe stets ihre Loyalität gegenüber der SED und der DDR. Sie sprach von den Homosexuellen in „unserer Gesellschaft“ und bediente sich einer Sprache, von der sie glaubte, dass sie erwartet wurde. Zugleich verlangte die HIB von der DDR, sich besser als das „kapitalistische System“ um die Homosexuellen zu kümmern. Sie nutzte somit den von Jennifer Evans beschriebenen Raum, der nach der Strafrechtsreform von 1968 in der DDR entstanden war, in dem sich einerseits neue Selbstbeschreibungen entwickelten und in dem andererseits auch Bürger\*innen auftraten, die der Führung des Landes vorwarfen, nicht nach dem Geist der Reform zu handeln.<sup>37</sup> Nie verließ die Kritik der HIB jedoch den Rahmen der sozialistischen Ordnung oder die eindeutige Verortung auf der östlichen Seite im Wettstreit der politischen Systeme. Dahingehend lässt sich auch das Zitat von Peter Rausch am Anfang dieses Beitrags verstehen: Die Aktivitäten der HIB zielten nicht darauf, das politische System der DDR anzugreifen, sondern den Verantwortlichen zu erklären, dass „homosexuelle Emanzipation [...] Teil eines erfolgreichen Sozialismus“ sei.<sup>38</sup>

In ihrem „Konzept für die Errichtung eines homosexuellen Kommunikationszentrums“ legte die HIB die Gründe dar, warum es wichtig und notwendig sei, in Ost-Berlin einen Begegnungsort für Schwule und Lesben zu schaffen. Die erste halbe Seite des Textes von 1974, der als Abschrift dem Ministerium für Staatssicherheit vorlag, verwandten die Verfasser\*innen darauf, den Sozialismus anlässlich des Gründungsjubiläums der DDR zu loben. Die positive „sozialistische Entwicklung der letzten 25 Jahre“ sei Voraussetzung dafür gewesen, dass Homosexuelle nun beginnen könnten, „den sozialen Begründungszusammenhang für ihre Situation auf marxistischer Basis zu erfragen“.<sup>39</sup> Ihr eigenes Engagement begründeten die Schreiber\*innen mit den gesellschaftlichen Neuerungen, die der ‚Fortgang zum Kommunismus‘ bereits mit sich gebracht habe. Ihre Sichtbarkeit selbst sei demnach eine Errungenschaft der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“; genauso wie die Reform des Strafrechts 1968.

Es blieb aber nicht bei dieser Einverständniserklärung, zielte das Schreiben doch eigentlich auf die Erlaubnis zur Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenzentrums ab. Zur Begründung führte die HIB zahlreiche Probleme an, mit denen Homosexuelle auch in der DDR immer noch konfrontiert seien. Dazu gehörten Vorurteile, Ablehnung und Ignoranz von Seiten der Mehrheit der Bevölkerung, fehlende Beratungsstellen, Begegnungsmöglichkeiten und Orte für kulturelle Betätigung. Die sich für viele Schwule und Lesben daraus ergebenden Konsequenzen seien Isolation, Unsicherheit, Beziehungsunfähigkeit und Kriminalität, so die HIB. Die Ursachen für diese Situation sahen die Verfasser\*innen „sämtlichst in der Vergangenheit“, besonders in der „Hetze und Verfolgung der Faschisten“.<sup>40</sup> Sie konstruierten damit den „Faschismus“ als einen gemeinsamen Feind, gegen den sich die DDR-

Führung mit den Homosexuellen verbünden und deshalb das geplante Kommunikationszentrum genehmigen sollte. So vermieden es die Aktivist\*innen, die SED für die genannten Probleme verantwortlich zu machen. Stattdessen vollzogen sie ebenfalls im Sinne der Selbstbeschreibung der DDR die wiederum verbindend gedachte Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik. Weil die Ablehnung von Homosexualität aus der „kapitalistischen Gesellschaft“ stamme und in der Zeit des Faschismus ihren Höhepunkt erlebt habe, werde die Diskriminierung im Nachfolgestaat des Dritten Reiches, in der Bundesrepublik, aber auch in anderen „kapitalistischen“ Ländern notwendigerweise bis in die Gegenwart fortgesetzt.<sup>41</sup> So argumentierte das HIB-Mitglied Siegfried Spremberg in einem Brief an die *Tribüne*, das Organ des *Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes* (FDGB), ganz in der Rhetorik des Kalten Krieges. Nach dieser scharfen Distanzierung gegenüber dem Westen appellierte er an die *Tribüne*, die „Emanzipation der Homosexuellen“ mit Beiträgen in der Zeitung und durch die Fürsprache bei den zuständigen staatlichen Behörden für ein „Freizeit- und Kommunikationszentrum“ zu unterstützen.<sup>42</sup> Auch hier wurde also das postulierte Einvernehmen mit dem SED-Staat und die deutliche Abgrenzung gegenüber den ‚Feinden‘ des Sozialismus taktisch eingesetzt, um die Anliegen der HIB als konform mit staatlichen Interessen zu präsentieren und die Unterstützung der Adressat\*innen zu erreichen.

## Arbeit an der homosexuellen sozialistischen Persönlichkeit

Das Konzept der HIB für ein Kommunikationszentrum enthielt auch den Wunsch nach einer „sinnvollen unseren Interessen gerechten, weniger sexuell orientierten Freizeitgestaltung“. Dazu wollten die Initiator\*innen selbst einen Beitrag leisten und sicherten zu, auf das Sozialverhalten der Besucher\*innen eines solchen Zentrums Einfluss zu nehmen:

„Besonders sind wir um Offenheit und Vertrauen nicht nur in der Gruppe, gesellschaftliches Angagment [sic!]<sup>43</sup>, unsere Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten und die Realisierung einer moralistischen Praxis in unseren sexuellen Beziehungen bemüht.“<sup>44</sup>

Im Gegenzug zu den vom Staat geforderten Entfaltungsmöglichkeiten versprach die HIB, sich und ihre Zielgruppe dem Sozialismus zu verschreiben. Mit dem gesellschaftlichen Engagement und der „Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten“ wurden implizit sogar neue Mitglieder oder Unterstützer\*innen der SED und anderer Massenorganisationen in Aussicht gestellt. Die Gruppe wollte mit ihrer Arbeit aber auch dazu beitragen, dass sich vor allem schwule Männer in ihrem Sexual-

verhalten stärker den gesellschaftlichen Moralvorstellungen anpassten und damit weniger Anstoß erregten. Das Kommunikationszentrum sollte eine „Erziehungsanstalt“ sein, in der „Dauerfreundschaft und Ehenormen“ gelehrt würden und wo den Homosexuellen beigebracht werde, sich gegenüber „bürgerlichen Ideologien“ abzugrenzen.<sup>45</sup>

Auffallend sind die mit dem Erziehungsanspruch formulierten negativen Stereotype, die die HIB hier reproduzierte, wobei der „bürgerlichen Ideologie“ anzuhängen ebenso verurteilt wurde wie die Suche nach Sexualpartnern in öffentlichen Parks und Toiletten. Die sehr stark entlang der Erwartungen des Staates formulierten Vorstellungen machen deutlich, dass abweichende und politisch-utopistische Ideen in der Kommunikation mit staatlichen Stellen keinen Platz hatten. Andere Konzepte des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenlebens als „Dauerfreundschaft“ und „Ehe“ konnten in dem begrenzten Handlungs- und Diskursraum zwischen HIB und DDR-Staat offenbar nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Ost-Berliner Aktivist\*innen vertraten die Ansicht, Homosexuelle müssten sich der Gesellschaft anpassen, sich ‚integrieren‘ und ihr Verhalten ändern, um akzeptiert zu werden; eine Vorstellung, die die westliche Schwulenbewegung strikt ablehnte.<sup>46</sup> Außerdem bedurften die Homosexuellen in der DDR, so das von der HIB konstruierte Bild, der positiven Beeinflussung, der Beaufsichtigung und der Belehrung. Greg Eghigian hat dafür die Figur des *homo munitus* entwickelt, der ein Produkt seiner Umwelt sei, betreut und angeleitet werden müsse, um nicht verletzt zu werden, aber auch um sein Potential entfalten zu können.<sup>47</sup>

Den Homosexuellen in der DDR wiesen die HIB-Mitglieder demnach einen verletzlichen und zugleich unmündigen Status zu. Sich selbst präsentierten sie dagegen als eine dem Staat ähnliche Instanz, die Leitungs-, aber auch Schutzfunktionen gegenüber den Schwulen und Lesben in der DDR übernehmen könne. Sie übertrugen das Verhältnis zwischen SED-Staat und Bürger\*innen damit auf sich und die Homosexuellen. Und da die HIB sich selbst als Folge und Antriebskraft eines gesellschaftlichen Wandels betrachtete, der in den ‚Fortgang zum Kommunismus‘ hinein zu passen schien, eignete sie sich auch die Phrase von der „allseitig entfalteten sozialistischen Persönlichkeit“ an, die seit Mitte der 1960er-Jahren zum Schlagwort in allen Reformplänen der DDR geworden war.<sup>48</sup>

## In der DDR ist nicht der Schwule pervers – das Spiel mit dem Westen

Die HIB beschwor jedoch nicht nur die ‚Fortschrittlichkeit‘ des Sozialismus. Parallel dazu führte sie den ‚kapitalistischen‘ Westen als positives Beispiel an und stellte heraus, dass die Probleme von Homosexuellen dort öffentlich thematisiert und damit

ernster genommen würden als in der DDR. Anlass dafür gab die oben angesprochene ARD-Ausstrahlung des Films *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* 1973. Der Film wurde unter anderem als eine Kritik an der schwulen Subkultur, dem unsolidarischen Verhalten unter Schwulen und der dafür mitverantwortlichen ‚perversen‘ gesellschaftlichen Situation gelesen. Initiierten die Filmemacher im Westen bereits seit 1971 Diskussionsrunden und bestärkten schwule Aktionsgruppen, so war die erstmalige Ausstrahlung durch das ‚Westfernsehen‘ 1973 einer der entscheidenden Impulse für den aktivistischen Aufbruch in der DDR.<sup>49</sup>

Nicht allein die Aufforderung des Films, aus den Toiletten heraus zu kommen und Schwulsein öffentlich zu machen, fand im Osten Anklang. Ein zentrales Ereignis war die Ausstrahlung im westdeutschen öffentlichen Fernsehen an sich. Denn dies schien weitere gesellschaftliche und politische Liberalisierungen zu versprechen, von denen auch die HIB in Ost-Berlin zu profitieren hoffte. Um diese Entwicklung mit anzutreiben, nutzte die HIB den Film im Programm der ARD auch als Argument für den Nachholbedarf der DDR in Sachen Sichtbarmachung von Homosexuellen.

In einem Brief an die *Junge Welt*, die Jugendzeitschrift der SED, nahm das HIB-Mitglied Bodo Amelang direkten Bezug auf den Praunheim-Film in der ARD. Es sei die „beste Sendung“ gewesen, die er bisher gesehen habe, allerdings erstaune es ihn, dass „ein kapitalistischer Staat (und nicht z. B. die DDR) sich diesem Problem [sic]“ annahm. Der Film zeige, so Amelang, dass die Bundesrepublik „ehrlich bemüht“ sei, „irgendwas zu tun, um diesen Menschen zu helfen und aus der Misere herauszukommen“. Amelang war außerdem überzeugt, dass „[s]ehr viele Schwule[...] in der DDR [...] diese Sendung verfolgt haben“ und sich nun fragten, wie die „Zukunft der Homosexuellen in der DDR“ aussehe: „Wann werden [s]ie sich als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft (die den Sozialismus aufbaut) fühlen können?“<sup>50</sup> Die von der DDR betriebene Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und der Anspruch auf Überlegenheit vor allem in der Sozialpolitik nahm Amelang als Anknüpfungspunkte, um der Staats- und Parteiführung in der DDR Rückständigkeit und die Nichterfüllung sozialistischer Versprechen vorzuwerfen. Die Diskrepanz zwischen DDR und Bundesrepublik lasse Zweifel am Sozialismus entstehen, erklärte er und forderte die *Junge Welt* als SED-Organ implizit dazu auf, den Themen von Homosexuellen eine Plattform zu geben, so wie es die ARD getan habe. Amelang griff damit auf das Selbstverständnis der DDR zurück und stellte es zugleich in Frage. *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* lieferte darüber hinaus Perspektiven und eine Sprache, um die gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR genauer zu analysieren und zu kritisieren. So betonte Amelang, dass die „Arbeits- und Lebensbedingungen“ von Homosexuellen in der

DDR sehr schlecht seien und er „den Autoren des obengenannten Films recht [sic] geben“ müsse, dass nicht die Schwulen die Verantwortung für diese „Misere“ tragen.<sup>51</sup> Die ‚perverse‘ Situation hatte für ihn und die HIB in einem Land, das keine homosexuellen Selbstorganisationen erlaubte, demnach eine ganz konkrete Bedeutung. Verantwortlich für diese Situation machten sie die herrschende Partei, weil diese die gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen bestimmte. Wie der Leserbrief von Bodo Amelang zeigt, scheute sich die HIB nicht, scharfe Kritik am Umgang der Staats- und Parteiführung mit dem Thema Homosexualität zu üben. Darin wird auch erkennbar, wie die HIB Widersprüche im DDR-System herausgriff und sie für die eigene Arbeit, die nur in einem eingeschränkten und willkürlich determinierten Handlungsfeld möglich war, produktiv zu machen versuchte.

Daneben machte sich die HIB auch die Angst der Sicherheitsbehörden vor dem ‚Feind‘ im westlichen Ausland und vor der vermeintlichen Attraktivität der Bundesrepublik zu Nutze. Die Notwendigkeit einer Anlaufstelle für Homosexuelle begründete sie nämlich auch damit, dass eine solche die Homosexuellen in der DDR davon abhalten würde, sich in Richtung Westen zu orientieren. Die Aktivist\*innen griffen die Befürchtungen der Staatssicherheit und der SED-Führung vor dem Einfluss des ‚Klassenfeinds‘ auf und versuchten somit, ihre Verhandlungsposition zu stärken. In dem Konzept für ein Kommunikationszentrum aus dem Jahr 1974 legte die HIB dar, welche Konsequenzen Ablehnung und Unsichtbarkeit von Homosexuellen haben könnten:

„Das lenkt das Interesse auf das westliche Ausland, scheinbar für uns das Paradies auf Erden und öffnet das Ohr für unsere Bürgerlichen [sic!], oft sich ‚links‘ gebende Ideologie, gegen die wir uns abgrenzen. Daß dort das homosexuelle Leben so kommerzialisiert ist, daß der Homosexuelle auch nach Feierabend ausgebeutet wird und die Aufhebung der strafrechtlichen Bestimmungen und das damit verbundene Ans-Lichttreten der Homosexuellen nur zur Intensivierung dieser Ausbeutung genutzt wird [,] (in New York) werden zur Homosexualität sogar schon Werbungen veranstaltet, wird nicht gesehen.“<sup>52</sup>

Die HIB distanzierte sich hier erstmals nicht nur vom ‚kapitalistischen System‘, sondern auch von der linken westdeutschen Schwulenbewegung, deren Ansichten sie hier als „sich ‚links‘ gebende Ideologie“ bezeichnete und die sie damit unmissverständlich als ungeeignetes Vorbild darstellte. Sie behauptete, hinter der Anziehungskraft des westlichen Lebens versteckte Gefahren erkannt zu haben, und präsentierte sich als Verteidigerin der Werte des Sozialismus und als Hüterin vor westlichem Einfluss. Die Zweistaatlichkeit und das besondere Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik gaben der HIB folglich Gelegenheit, den eigenen Handlungsspielraum argumentativ zu erweitern: Sie verortete sich im ‚überlegenen‘ Gesellschaftsmodell

und signalisierte den Behörden, dass sie in der Lage sei, als Gegengewicht zu den vermeintlich verlockenden Angeboten der westlichen Welt fungieren zu können.

Im Jänner 1976 unternahm die HIB den Versuch, sich nach dem neuen Zivilgesetzbuch der DDR beim Meldeamt als „Interessengemeinschaft“ registrieren zu lassen, allerdings ohne Erfolg. Es folgte der Antrag, einen Verein gründen zu dürfen, was vom Berliner Polizeipräsidium ebenfalls verwehrt wurde.<sup>53</sup> Die Ablehnung zeigte, dass die staatlichen Organe nicht nur kein Interesse an der legalen Organisation von Schwulen und Lesben in der DDR hatten, sondern sogar versuchten, eine solche zu verhindern. Im gleichen Jahr ergab sich jedoch für die HIB die Möglichkeit, Räumlichkeiten im Gründerzeitmuseum in Mahlsdorf, einem Ortsteil des Ost-Berliner Bezirks Lichtenberg (heute Marzahn-Hellersdorf), bei der Transfrau Charlotte von Mahlsdorf zu nutzen. Deswegen, so Peter Rausch, verfolgte die Gruppe ihre juristische Anerkennung erst einmal nicht weiter, und es begann die „schönste Zeit im Gruppenleben“.<sup>54</sup> Wenngleich dieser Schritt wie ein Rückzug erscheint, so hatte die HIB mit dem Bezug von selbstverwalteten Räumen doch vorerst eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht: einen Ort der Begegnung zu schaffen. An zwei Sonntagen im Monat fanden nun Vorträge, kulturelle Darbietungen und Bar-Betrieb statt und mit bis zu 200 Besucher\*innen feierte die HIB Geburtstage, Faschings-, Silvester-, Frühlings- und Herbstbälle in Mahlsdorf.<sup>55</sup>

## Andere Selbstdarstellung im Westen

Anders als in ihren Eingaben in der DDR bemühte sich die HIB in Selbstdarstellungen gegenüber der westlichen Öffentlichkeit weder darum, ihre Loyalität gegenüber dem Sozialismus zu betonen, noch sich vom Westen zu distanzieren. Hier überwogen vielmehr die Klage über die Verhältnisse in der DDR und der Wunsch nach grenzübergreifendem Austausch. In einem Interview, das von der schwedischen Zeitschrift *Revolt* geführt und in mehreren westdeutschen Schwulenzeitschriften, unter anderem in der *Emanzipation*, abgedruckt wurde, berichtet ein Ost-Berliner Aktivist einem schwedischen Journalisten über die Aktivitäten der HIB, zu der er offenbar gehörte. Dabei lehnte er es ab, von einer „organisierten“ Gruppe zu sprechen. Denn sich zu organisieren, sei in der DDR „illegal“ und wenn ein solcher Eindruck entstünde, könnten die Betroffenen dafür bestraft werden, so der Interviewte.<sup>56</sup>

Der DDR stellte er ein vernichtendes Urteil aus, weil sie zwar von sich behauptete, ein sozialistisches Land zu sein, diesem aber noch weniger gerecht werde als viele „kapitalistische“ Staaten. Die Aktivist\*innen im Osten seien sich bewusst, welche Debatten Schwule und Lesben im Westen führten, wirklich teilnehmen könnten

sie daran jedoch nicht, weil sie in der DDR „sehr isoliert“ wären. Deshalb hätte die HIB auch gerne mehr Kontakt zu Schwulengruppen in anderen Ländern, erklärte der Interviewte. Homosexuelle seien überall mit ähnlichen Vorurteilen konfrontiert, weshalb er sicher war, dass gegenseitiger Austausch für alle Seiten nützlich sein könne.<sup>57</sup>

Die Darstellung im Interview unterschied sich erheblich von den offiziellen Schreiben der HIB und belegt, dass die Äußerungen je nach Adressat unterschiedliche Funktionen erfüllen sollten. Einerseits war dieser Ost-Berliner Aktivist auf der Suche nach Zugehörigkeit zu grenzübergreifenden Netzwerken schwuler Bewegungen; andererseits musste sich die HIB um staatliche Anerkennung und Genehmigungen bemühen. Die Selbstpräsentation zielte in erstem Fall darauf ab, Solidarität und Unterstützung zu bekommen sowie die eigene Position als eine unter besonders schwierigen Bedingungen agierende Gruppe hervorzuheben. In der Kommunikation mit staatlichen Stellen betonte die HIB dagegen ihre Verbundenheit mit dem sozialistischen System sowie ihre Unabhängigkeit von westlichen Bewegungen in der Hoffnung, als Verbündete des Staates in der DDR akzeptiert zu werden.

## Neue Anläufe, verschärfter Ton und Auflösung der HIB

Ab Mitte der 1970er-Jahre wurden in der DDR neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch anderen Symptome einer Krisenstimmung sichtbar. Mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 begruben viele die Hoffnung auf Liberalisierung. Weitere Künstler\*innen wanderten aus und es wurden vermehrt Texte ohne Genehmigung im Westen veröffentlicht. Dazu gehörte etwa das Buch *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, dessen Erscheinen 1977 in Köln und Hamburg zur Verhaftung des Autors Rudolf Bahro führte. Der 1975 in Helsinki auf der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* eingeleitete Prozess machte jedoch Mut zum Protest gegen diese Formen der Unterdrückung verfassungsmäßiger Freiheiten.<sup>58</sup>

Ab Mitte der 1970er-Jahre veränderte auch die HIB ihren Ton gegenüber den staatlichen Behörden. Sie forderte immer noch Möglichkeiten der „sozialistischen Freizeitgestaltung“, aber es war keine Rede mehr von der „Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten“. Die HIB hatte klare Ziele und war überzeugt in ihrer Argumentation, gleichzeitig aber auch weniger euphorisch, weil sie sah, dass ihre Bemühungen bisher ins Leere gelaufen waren. In einem Brief an die Volkskammer der DDR vom 22. Oktober 1978 nahm das HIB-Mitglied Peter Rausch zwei Tötungsverbrechen in Ost-Berlin zum Ausgangspunkt, um erneut auf die Situation von Homosexuellen in der DDR hinzuweisen. Diese Verbrechen stellte er als Symptome eines politischen



und gesellschaftlichen Zustandes dar, in dem schwule Männer darauf angewiesen seien, Sexualpartner und Bekanntschaften auf öffentlichen Toiletten und in Parks zu finden. Die Beschreibung fiel damit deutlich drastischer aus als noch wenige Jahre zuvor.<sup>59</sup>

Als selbsternannte Stimme der Schwulen und Lesben in der DDR stellte Peter Rausch als Vertreter der HIB in diesem Brief die Frage: „Raus aus den öffentlichen Toiletten! Aber wohin?“<sup>60</sup> Dabei handelte es sich um die abgewandelte Form des Slogans „Raus aus den Toiletten, rein in die Straßen!“ aus dem Film von Rosa von Praunheim *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt*, auf den Rausch fünf Jahre nach dessen Ausstrahlung in der ARD rekurrierte. Die Verbundenheit mit dem Aufbruch der westdeutschen Homosexuellenbewegung und dem Praunheim-Film war also immer noch präsent. Den Slogan von Anfang der 1970er-Jahre holte die HIB aber auch deshalb wieder hervor, weil sie damit zeigen konnte, dass sie immer noch vor denselben Herausforderungen stand wie zur Zeit ihrer Gründung: Es gab neben Toiletten, Parks und Kneipen keine Orte, an denen sich Schwule und Lesben legal treffen konnten.

1973/74 war die HIB als Gruppe aufgetreten, die sich ganz auf der Höhe der Zeit und als Teil der sozialistischen Entwicklung darstellte; die den Eindruck vermittelte, im richtigen Augenblick auf den Zug gesellschaftlicher Veränderungen aufzuspringen und dabei zu sein, wenn der Sozialismus die Homosexuellen ‚befreie‘. 1978 musste sie jedoch feststellen, dass dies nie die Absicht der DDR-Staats- und Parteiführung gewesen war. Zum Anlass, weitere Treffen und Aktivitäten der HIB zu verbieten, wurde ein DDR-weites Lesbentreffen, das im April 1978 in Mahlsdorf stattfinden sollte, kurz zuvor aber von den Sicherheitsorganen verboten wurde. Charlotte von Mahlsdorf durfte auf Anweisung des Stadtrates für Kultur auch keine weiteren Veranstaltungen der HIB mehr bei sich beherbergen. Die HIB zog sich daraufhin in private Räume zurück, bis sie nach der endgültigen Absage staatlicher Unterstützung ihre Veranstaltungen zum 1. Mai 1980 gänzlich einstellte.<sup>61</sup>

Vollkommen wirkungslos blieben die Versuche der HIB, den Diskurs über Homosexuelle in der DDR mitzubestimmen, jedoch nicht. Bei einer Beratung zum „Problem der Homosexualität“ im Ministerium des Inneren im Oktober 1979 wurde die Gruppe erwähnt und festgestellt, dass „diesem Problem in den kapitalistischen Ländern mehr Beachtung geschenkt und Verständnis entgegengebracht“ werde.<sup>62</sup> Das Innenministerium nahm demnach den von der HIB verschiedentlich betonten Unterschied im Umgang mit Homosexuellen in der DDR und in der Bundesrepublik zur Kenntnis, wenngleich es in den 1970er-Jahren daraus noch keine Konsequenzen zog. Die Erkenntnis, dass es erforderlich sei, „sich der Sache komplex anzunehmen“, weist aber auf einen beginnenden Wandlungsprozess hin.<sup>63</sup> Obschon sich die HIB auflösen musste, hatte sie also erreicht, dass den Lebensbedingungen von



Homosexuellen in der DDR – zumindest hinter verschlossenen Türen – mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

## Fazit

In den engen Grenzen gelenkter öffentlicher Diskurse und reglementierter gesellschaftlicher Aktivitäten in der DDR entwickelte die HIB spezifische Strategien mit dem Ziel, ihr Bestehen zu sichern und die eigenen Handlungsräume zu erweitern. Sie bediente sich einerseits der Begriffe, Slogans und Ideen westdeutscher und westeuropäischer Schwulen- und Lesbenbewegungen; andererseits war sie stets darauf bedacht, nicht den Eindruck zu erwecken, vom Westen ‚gelenkt‘ zu werden.

Das Selbstbild der HIB und ihr Bild von Homosexuellen in der DDR orientierte sich in den untersuchten Quellen sehr stark am Selbstbild der DDR, dem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft sowie an der Rolle, die die DDR in der Systemkonkurrenz mit der Bundesrepublik beanspruchte. Die ostdeutschen Aktivist\*innen bestätigten damit das sozialistische System und dessen Abgrenzung gegenüber dem Westen. In der Selbstdarstellung standen sie fest auf dem Boden der sozialistischen Ordnung, wollten sich am ‚Aufbau des Sozialismus‘ beteiligen und die Schwulen und Lesben in der DDR dafür gewinnen. Sie boten sich den staatlichen Institutionen als Partner\*innen an, reklamierten für sich, einen besseren Zugang zu den Homosexuellen in der DDR zu haben als andere Einrichtungen und erklärten sich zu Vertreter\*innen ihrer Interessen.

Das Spiel der HIB mit der Nähe und Abgrenzung zum Westen zielte darauf ab, als selbstbewusste Akteurin ernst genommen und als Verbündete des Staates anerkannt zu werden. Es war ihre unter den Bedingungen der deutschen Teilung gewählte Strategie, sich demonstrativ auf die Seite des Sozialismus zu stellen, gleichzeitig aber den ‚kapitalistischen‘ Westen für seine vermeintliche Schwulenfreundlichkeit zu loben und die DDR zur Überholung dieser Entwicklung aufzufordern. So zeigt sich, dass die HIB eingebunden war in die ideologischen Vorgaben des Ost-West-Konflikts, den sie für die eigenen Anliegen aber auch instrumentalisierte und damit sowohl festigte als auch untergrub.

Jens Dobler und Harald Rimmele bezeichnen die Aktivitäten der HIB lediglich als „Versuche“, eine Schwulen- und Lesbenbewegung in der DDR zu organisieren. Denn erst in den 1980er-Jahren konnte sich ihrer Ansicht nach eine solche etablieren, als sich in allen größeren Städten der DDR evangelische Gemeinden bereit erklärten, Schwulen- und Lesbengruppen Räume zur Verfügung zu stellen.<sup>64</sup> Josie McLellan argumentiert dagegen, dass die HIB nicht einfach nur eine Vorläufergruppe war für die Gruppen unter dem Dach der Kirchen in den 1980er-Jahren.

Sie sei vielmehr Teil eines sozialen, politischen und kulturellen Wandels gewesen, der in vielen Ländern Westeuropas, in den USA und an anderen Orten seit Ende der 1960er-Jahre zu beobachten war.<sup>65</sup> Insofern kann das Phänomen HIB in einer transnationalen Schwulen- und Lesbenbewegung der 1970er-Jahre verortet werden, wenngleich die Gruppe selbst diese Zugehörigkeit gegenüber staatlichen Stellen verneinte und die Kontakte in andere Länder vermeiden musste. Gleichzeitig war die HIB wichtiges Vorbild für eine neue Generation von Aktivist\*innen, die sich unter anderen Bedingungen ab Anfang der 1980er-Jahre deutlich weiter entfalten konnten. Auch personelle Kontinuitäten lassen die HIB, wenngleich sie nur eine einzelne Gruppe in Ost-Berlin war, in der historischen Perspektive zum Bestandteil einer sich über zwei Jahrzehnte stets wandelnden ostdeutschen Homosexuellenbewegung werden. Michael Eggert beispielsweise engagierte sich ab 1983 für den Arbeitskreis *Schwule in der Kirche* in Ost-Berlin.<sup>66</sup> Ursula Sillge, die der HIB seit Mitte der 1970er-Jahre angehörte, gründete 1986 den Ost-Berliner *Sonntags-Club*, den auch Peter Rausch unterstützte.<sup>67</sup>

Die Sprache der HIB in den Schreiben an staatliche Behörden veränderte sich im Verlauf der 1970er-Jahre; die bedingungslosen Loyalitätsbekundungen nahmen zugunsten von Kritik ab. Auch deshalb können die kirchlichen *Arbeitskreise Homosexualität* der 1980er-Jahre als Fortsetzung der HIB betrachtet werden. Sie distanzieren sich durch ihre Nähe zur Kirche noch weiter von der staatlichen Sphäre und dem Herrschaftsanspruch der Partei. Sie stellten sich neben die anderen Friedens- und Menschenrechtsgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche und machten sich damit mehr als zuvor verdächtig, ‚Feinde‘ der DDR zu sein.<sup>68</sup>

## Anmerkungen

- 1 Michael Eggert im Interview mit der Autorin (21.3.2013).
- 2 Peter Rausch, Die vergessene Lesben- und Schwulengeschichte in Berlin-Ost (70er Jahre), in: Ilse Kokula/Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweise (Hg.), Geschichte und Perspektiven von Lesben und Schwulen in den neuen Bundesländern, Berlin 1991, 21–26, 22.
- 3 Thomas Lindenberger beschreibt – angelehnt an Alf Lüdtke und mit Blick auf den Alltag in der DDR – ein Verhalten als ‚eigennützig‘, das ideologisch definierte Ordnungen untergräbt, indem die Akteur\*innen ihrer Beteiligung an diesen Ordnungen einen eigenen, von den Herrschenden nicht intendierten Sinn geben. Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, 13–44, 24.
- 4 Vgl. Rainer Marbach/Volker Weiß (Hg.), Konformitäten und Konfrontationen. Homosexuelle in der DDR, Hamburg 2015.
- 5 Maria Bühner, „Lesbe, Lesbe, Lesbe. Ein Wort mit Kampfpotential, mit Stachel, mit Courage“. Lesbische Leben in der DDR zwischen Unsichtbarkeit und Bewegung, in: Stephanie Kuhn (Hg.), Lesben raus! Lesben raus! Für mehr lesbische Sichtbarkeit, Berlin 2017, 104–115, 105.

- 6 Jens Dobler/Harald Rimmele, Schwulenbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main/New York 2008, 541–556, 542–545.
- 7 Anja Schröter, Eingaben im Umbruch. Ein politisches Partizipationselement im Verfassungsgebungsprozess der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Zentralen Runden Tisches 1989/90, in: *Deutschland Archiv* 1 (2012), <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61448/eingaben-im-umbruch?p=all#footnodeid6-6> (19.6.2016).
- 8 Felix Mühlberg, *Informelle Konfliktbewältigung. Die Geschichte der Eingabe in der DDR*, unveröffentlichte Dissertation, TU Chemnitz 2000, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:ch1-200000651> (14.2.2017), 348.
- 9 Vgl. Michel Foucault/Ralf Konersmann, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt am Main 2012.
- 10 Mühlberg, *Konfliktbewältigung*, 2000, 304f.
- 11 Michel Foucault, *Dits et écrits. Schriften in vier Bänden, Bd. 4: 1980–1988*, Frankfurt am Main 2005, 275.
- 12 Isabel Richter, Das Selbst als transdisziplinäres Konzept, in: Susanne Regener/Katrin Köppert (Hg.), *privat/öffentlich. Mediale Selbstentwürfe von Homosexualität*, Wien/Berlin 2013, 19–40, 32.
- 13 Josie McLellan, *Love in the Time of Communism. Intimacy and Sexuality in the GDR*, Cambridge 2011, 118.
- 14 Christian Schulz/Michael Sartorius, Paragraph 175. (abgewickelt). Homosexualität und Strafrecht im Nachkriegsdeutschland. Rechtsprechung, juristische Diskussionen und Reformen seit 1945, Hamburg 1994, 52f.; Christian Schäfer, „Widernatürliche Unzucht“ (175, 175a, 175b, 182 a.F. StGB). Reformdiskussion und Gesetzgebung seit 1945, Berlin 2006, 249.
- 15 McLellan, *Love*, 2011, 118.
- 16 Bert Thinius, Erfahrungen schwuler Männer in der DDR und in Deutschland Ost, in: Wolfram Setz (Hg.), *Homosexualität in der DDR. Materialien und Meinungen*, Hamburg 2006, 9–88, 17.
- 17 Ebd., 18.
- 18 Kurt Richard Bach, *Geschlechterziehung in der sozialistischen Oberschule. Entwicklung und Realisierung eines Programms zur systematischen Geschlechterziehung in den Klassen 1 bis 10 der Oberschule der DDR. Ein Beitrag zur Vorbereitung der Heranwachsenden auf Ehe und Familie*, Berlin (DDR) 1974, 255f.
- 19 Dagmar Herzog, East Germany's Sexual Evolution, in: Katherine Pence/Paul Betts (Hg.), *Socialist Modern. East German Every Day Culture and Politics*, Ann Arbor 2007, 71–95, 73.
- 20 Hier ist ausdrücklich von der westlichen Schwulenbewegung die Rede, da nur Verbindungen zu schwulen Aktivisten in West-Berlin und in der Bundesrepublik belegt werden können. Vgl. Dobler/Rimmele, *Schwulenbewegung*, 542.
- 21 Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen*, Berlin 2002, Anhang Chronik der Mauer, 296–297; Westbesucher\*innen mussten bis 24 Uhr über jene Grenzübergangsstelle ausreisen, über die sie auch eingereist waren. Ab Juli 1982 konnten die Tagesbesuche bis 2:00 Uhr nachts ausgeweitet werden. Bürger\*innen aus der Bundesrepublik erhielten direkt an der Grenzkontrolle ein gültiges Visum und konnten daher unbegrenzt einreisen. <http://www.verfassungen.de/de/ddr/einreisenbrd72.htm> (24.11.2017).
- 22 Detlef Nakath, Von der Konfrontation zum Dialog. Zum Wandel des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 45 (2003), 40–46, 45f., <http://www.bpb.de/apuz/27309/von-der-konfrontation-zum-dialog?p=all> (24.11.2017).
- 23 Josie McLellan, Glad to be Gay Behind the Wall. Gay and Lesbian Activism in 1970s East Germany, in: *History Workshop Journal* 74/1 (2012), 105–130, 126.
- 24 Ebd., 109f.
- 25 Andreas Ruhl, *Stalin-Kult und rotes Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951 und 1973 in Ostberlin*, Marburg 2009, 53f.
- 26 Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971–1989*, Bonn 1999, 45.
- 27 Peter Borowsky, Die DDR in den siebziger Jahren, in: *Informationen zur Politischen Bildung* 258 (1998), <http://www.bpb.de/izpb/10111/die-ddr-in-den-siebziger-jahren?p=all> (5.11.2017).

- 28 Wolle, Welt, 1999, 43.
- 29 Nach § 266 des Zivilgesetzbuches der DDR aus dem Jahr 1975 durften sich Bürger\*innen zur „Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen [...] durch Vertrag zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, um durch Arbeitsleistungen und materielle Mittel Einrichtungen und Anlagen für die kollektive und individuelle Nutzung zu schaffen und zu unterhalten“. Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975, <http://www.verfassungen.de/de/ddr/zivilgesetzbuch75.htm> (28.2.2017).
- 30 Magdalena Beljan, *Rosa Zeiten? Eine Geschichte der Subjektivierung männlicher Homosexualität in den 1970er und 1980er Jahren der BRD*, Bielefeld 2014, 85f.
- 31 Privatarchiv Peter Rausch, „Entwurf Vertrag der Gemeinschaft von Bürgern. Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin (HIB)“, 15.1.1976.
- 32 Beljan, *Zeiten?*, 2014, 85.
- 33 Christoph Kleßmann, Spaltung und Verflechtung. Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: ders./Peter Lautzas (Hg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Schwalbach 2006, 20–37, 30f.
- 34 Arnold Sywottek, Die Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftspolitische Herausforderung der DDR, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR und der Westen*, Berlin 2001, 151–163; Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing, Asymmetrisch verflochten? Einleitung, in: dies. (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, 11–17, 12.
- 35 McLellan, Wall, (2012), 112.
- 36 Kay Nellißen/Kristine Schmidt, *Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin*, in: Sonntags-Club (Hg.), *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee*, Berlin 2009, 178–185, 178f.
- 37 Jennifer V. Evans, Decriminalization, Seduction and „Unnatural Desire“ in the German Democratic Republic, in: *Feminist Studies* 36/3 (2010), 553–577, 554.
- 38 Rausch, *Lesben- und Schwulengeschichte*, 1991, 22.
- 39 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS), Hauptabteilung (HA) VII, Nr. 2743, 15–22, Abschrift „Konzept für die Errichtung eines homosexuellen Kommunikationszentrums“, 1974, 15.
- 40 Ebd., 16–20.
- 41 Schwules Museum, DDR, Bestand Bodo Amelang, Nr. 1 Korrespondenz, Brief von Siegfried Spremberg an die Zeitung *Tribüne*, 3.12.1975.
- 42 Ebd.
- 43 Ob der Fehler vom Ministerium für Staatssicherheit bei der Abschrift oder von der HIB beim Verfassen des Textes gemacht wurde, ist nicht ersichtlich.
- 44 BStU, MfS, HA VII, Nr. 2743, 15–22, „Konzept für die Errichtung eines homosexuellen Kommunikationszentrums“, 19.
- 45 Ebd., 19, 21.
- 46 Michael Holy, *Ungelebte Ost/Westbeziehungen. Über Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten zwischen den Homosexuellenbewegungen in Ost- und Westdeutschland*, in: Günter Grau/Olaf Brühl (Hg.), *Schwulsein 2000. Perspektiven im vereinigten Deutschland*, Hamburg 2001, 52–70, 64f.
- 47 Greg Eghigian, *Homo Munitus. The East German Observed*, in: Katherine Pence/Paul Betts (Hg.), *Socialist Modern. East German Every Day Culture and Politics*, Ann Arbor 2007, 37–70, 41.
- 48 Ebd., 51.
- 49 McLellan, Wall, (2012), 109f.
- 50 Schwules Museum, DDR, Bestand Bodo Amelang, Nr. 2 Korrespondenz Junge Welt, Brief Bodo Amelang an die *Junge Welt*, 1974.
- 51 Ebd.
- 52 BStU, MfS, HA VII, Nr. 2743, 15–22, „Konzept für die Errichtung eines homosexuellen Kommunikationszentrums“, 20.
- 53 Nellißen/Schmidt, *Interessengemeinschaft*, 2009, 181.
- 54 Rausch, *Lesben- und Schwulengeschichte*, 1991, 24.
- 55 Ebd.

- 56 O.A., Gespräch in Berlin (DDR), in: Emanzipation. Homosexuelle Emanzipationsgruppen Süddeutschlands informieren 2 (1976), 22–25, 22.
- 57 Ebd., 23.
- 58 Wollé, Welt, 1999, 50f.
- 59 BStU, MfS, HA VII, Nr. 2743, 69–74, „Einschreiben“ der HIB an die Volkskammer der DDR, „Sozialistische Freizeitgestaltung einer Minderheit“, 22.10.1978, 71f.
- 60 Ebd., 73f.
- 61 Nellißen/Schmidt, Interessengemeinschaft, 2009, 183.
- 62 Bundesarchiv/Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), DO 1/17026, Ministerium des Inneren, HA Innere Angelegenheiten, „Vermerk über Beratung zum Problem der Homosexualität“, 4.10.1979.
- 63 Ebd.
- 64 Dobler/Rimmele, Schwulenbewegung, 2008, 542.
- 65 McLellan, Wall, (2012), 105.
- 66 Interview Michael Eggert mit der Autorin, 13.5.2016.
- 67 Jens Dobler/Kristine Schmidt/Kay Nellißen, Sonntags im Club, in: Sonntags-Club (Hg.), Nord-Ost, 2009, 238–247, 238.
- 68 Kristine Schmidt, Lesben und Schwule in der Kirche, in: ebd., 198–220, 198f.